DA1 Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen

Antragsteller*in: Daniela Kloss
Tagesordnungspunkt: 5 Anträge

Antragstext

Die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Bielefeld möge beschließen:

Wenn Menschen in eine so prekäre Situation geraten, dass sie Gründe sehen, ihre Herkunftsländer zu verlassen, werden sie sich auch weiterhin auf den Weg in die EU machen. Weder der Asylkompromiss von 1992 noch die bestehende Gewalt an den Außengrenzen haben Menschen davon abgehalten, vor Krieg und Gewalt zu fliehen.

Eine brutale Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen wird an dieser Tatsache nichts ändern, sondern nur die Glaubwürdigkeit der EU in Bezug auf Menschenrechte weiter
schwächen.

Wir betrachten es als historischen Fehler, einer drastischen Verschärfung des Asylrechts
zuzustimmen, die Gewalt gegen Schutzsuchende an den Außengrenzen legitimiert.

Insbesondere die Einführung der sogenannten Krisenverordnung, die es ermöglicht ein bereits restriktives Asylrecht noch weiter einzuschränken, halten wir für falsch und mit den humanitären Werten unserer Partei für unvereinbar. Die von der Bundesregierung und Innenministerin Nancy Faeser geplanten Beschleunigung der Abschiebungen lehnen wir ab, da die Inhaftierung von Asylsuchenden ohne Straftat für 28 Tage oder sogar während laufender Asylverfahren nicht nur absolut inhuman und vollkommen inakzeptabel ist, sondern gegen die Grundrechte von Geflüchteten verstößt.

Abschiebungsverfahren bedeuten nicht nur massive psychische Belastungen für Geflüchtete und Beamt*innen, sondern auch massive personelle und finanzielle Ressourcen. Mit diesen Ressourcen sollten stattdessen Kommunen unterstützt werden, die mit der konkreten Aufgabe der Versorgung und Unterbringung der Menschen befasst sind.

Migrationspolitik wird zunehmend emotional gehalten, meist zu Lasten Geflüchteter, die zu selten zu Wort kommen. Stattdessen fordern wir eine faktenbasierte, sachorientierte Debatte über Flucht und Asyl, in der Probleme benannt werden können, ohne in einer populistischen Art und Weise Ängste zu schüren und generell gesellschaftliche Probleme Geflüchteten anzulasten.

Die Ampel hat im Koalitionsvertrag vereinbart, illegale Zurückweisungen an den Außengrenzen zu beenden und den Zugang zu einer inhaltlichen Prüfung jedes Asylgesuchs zu garantieren. Wir erwarten von den Politiker*innen unserer Partei auf allen EbenenEngagement und Kampf für eine humane und konstruktive Asyl- und Fluchtpolitik. Menschenrechte müssen immer der Maßstab der Politik in Deutschland und der Europäischen Union sein und dürfen nicht zur Diskussion stehen.

Wer also wirklich etwas im Bereich Migrationspolitik erreichen will, muss die Kommunen auch finanziell unterstützen. Anstatt Ressourcen in hochkomplexe,

langwierige und (für Asylsuchende und für Beamt*innen) psychisch belastende Abschiebeverfahren zu investieren, sollten die Ressourcen in die bestmögliche Integration von Asylsuchenden, auch in den Arbeitsmarkt, fließen.

Im November 2019 hat der Rat der Stadt Bielefeld beschlossen, Bielefeld zu einem „Sicheren Hafen“ zu machen. Rund 320 Städte und Gemeinden in Deutschland haben sich bereits zum Sicheren Hafen erklärt. Wir bekräftigen diesen Beschluss und erwarten von unseren Politiker*innen auf Bundes- und Europaebene Engagement und Kampf für eine humane und konstruktive Asyl- und Fluchtpolitik.

Dieses solidarische Bekenntnis mit geflüchteten Menschen ist auch verbunden mit einer erhöhten Aufnahmebereitschaft.

Wir bleiben deshalb unseren humanitären Grundsätzen treu und werden nicht von ihnen abweichen.

Asyl ist ein indiskutables Menschenrecht und dieses gilt es zu schützen. Bielefeldist und bleibt weltoffen sowie ein "sicherer Hafen". Kein Mensch ist illegal!

Der Beschluss geht zur Kenntnisnahme an den Bundesvorstand von B'90 / Die Grünen sowie die Fraktionen in Bundestag und Europaparlament

Begründung

Die Dringlichkeit dieses Antrags ergibt sich aus den verschiedenen Eckpunkten, die in den letzten Wochen, aber auch Tagen auf Bundes- und Europaebene getroffen wurden, aus den aktuellen zum Teil medial geführten Debatten und der anstehenden Europawahl.

Am 4.10.23 wurde die europäische Einigung über die umstrittene Krisenverordnung erreicht. Das Migrationspaket der Bundesregierung wurde erst am 11.10.23 in den Medien vorgestellt.

In diesem Kontext hat das Sprecher*innen-Team der BAG Migration und Flucht am 4.10.23 ein Positionspapier zur aktuellen Linie der Bundesgrünen in der Migrationspolitik veröffentlicht.

Derzeit läuft auch im Hinblick auf die bald stattfindende Bundesdelegiertenkonferenz eine Debatte über die Migrationspolitik in unserer Partei.

Wenn wir an dieser Debatte teilnehmen wollen und uns für eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik Partei ergreifen wollen, müssen wir uns in die Debatte einmischen, bevor die Debatte wieder beendet ist oder ausschließlich in der öffentlichen Berichterstattung als Konflikt der Grünen behandelt wird, ohne den inhaltlichen Argumenten Raum zu geben.

Aus diesem Zuge ist es wichtig, diesen Antrag auf dieser Mitgliederversammlung als dringlich zu behandeln!

Denn wir betrachten diesen Antrag als Rückenwind und Unterstützung für die Auseinandersetzungen und den Einsatz unserer Politiker*innen in den nächsten Wochen in Berlin und Brüssel für eine humane Fluchtpolitik.

Unterstützer*innen

Simone Lux; Cim Kartal; Sarah Laukötter; André Flöttmann; Jens Petring ; Zoe Viola Bergmann; Klaus Feurich-Tobien; Klaus Rees; Tim Niklas Beyer; Lars Bauerdick; Julian Schüring; Romy Mamerow; Janko Spieker; Sina Radert; Jan Seeger; Hannes Menge